

# DRINGLICHE INTERPELLATION

**Urheber** PLR, durch Julien Dubuis und Jean-Michel Savioz  
**Gegenstand** Die Walliser Rechtsmedizin ist am Anschlag  
**Datum** 12.06.2018  
**Nummer** 2.0239

---

## **Aktualität des Ereignisses**

Aus dem jüngsten Bericht des Spital Wallis konnten wir unlängst entnehmen, dass die Zahl der durch die Walliser Rechtsmedizin behandelten Fälle zwischen 2012 (Jahr der Einrichtung dieser Abteilung am Zentralinstitut der Spitäler) und 2017 von 130 auf 317 Fälle hochgeschneilt ist.

## **Unvorhersehbarkeit**

Diese massive Zunahme war nicht vorhersehbar.

## **Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme**

Wenn hier nicht umgehend Abhilfe geschaffen wird, besteht die Gefahr, dass Dr. Schrag den Hut nimmt, was ein schwerer Schlag für die Rechtsmedizin in unserem Kanton wäre und zu Problemen auf Ebene der Rechtssicherheit führen könnte, weil die Ermittlungen nicht rasch durchgeführt werden können.

Der Staatsrat könnte keinen besseren Zeitpunkt wählen, um eine zusätzliche Stelle zu gewähren und somit die Sicherheit und die rasche Durchführung der Ermittlungen zu gewährleisten, denn die verschiedenen Dienststellen des Staates sind gerade dabei, das Budget 2019 zu erstellen.

Seit ihrer Schaffung im Jahr 2012 verfügt die Abteilung Rechtsmedizin des Zentralinstituts der Spitäler über 2 VZE: 1 VZE Fachärztin für Rechtsmedizin (Dr. Schrag) und 1 VZE Assistent. 2012 behandelte diese Abteilung noch 130 Fälle und nur 5 Jahre später waren es bereits 317 Fälle, wie aus dem jüngsten Bericht des Spital Wallis hervorgeht. Allerdings ist der Personalbestand unverändert geblieben, was bedeutet, dass die Rechtsmedizinerin mittlerweile am Anschlag ist.

## **Schlussfolgerung**

- Was gedenkt der Staatsrat zu unternehmen, um angesichts der deutlichen Zunahme der Anzahl Fälle und der Arbeitsbelastung der Rechtsmedizinerin eine qualitativ hochstehende Rechtsmedizin in unserem Kanton zu gewährleisten?
- Welche Massnahmen gedenkt der Staatsrat zu ergreifen, um einen allfälligen Weggang der gegenwärtigen Stelleninhaberin zu vermeiden?
- Ist eine zusätzliche Stelle im Budgetentwurf 2019, der sich in Ausarbeitung befindet, vorgesehen?
- Wie sieht es mit der Haftung des Staatsrates oder der Staatsanwaltschaft aus, falls im Rahmen der Ermittlungen zu verdächtigen Todesfällen mangels Ressourcen in der Rechtsmedizin nachlässig gearbeitet wird?